

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 6 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Anzeigenstellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. Einmalig 30 Mk. Wochensatz 1,50 Mk. Wochensatz für Wilsdruff u. Umgegend 1,20 Mk. Alle Anzeigen werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 10 Uhr durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenbesteller ist verpflichtet, wenn der Vertrag durch Abbruch oder Nichterfüllung der Anzeigen übernahm, die Kosten der Anzeigen zu übernehmen. — Rücksendung eingekaufener Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 3-spaltige Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 1-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 60 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vortage und Vorkosten sind zu zahlen. Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Anzeigen trägt der Besteller. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 163 — 83. Jahrgang

Telegraphisch: „Wilsdruff“

Wilsdruff-Dresden

Postcheck: Dresden 2610

Dienstag den 15. Juli 1924

Die Insel im slavischen Meer.

Die einzige Kolonie, die uns noch blieb, ist — Ostpreußen. Jetzt, da sich zum viertenmal der Tag des 11. Juli gejährt hat, der Tag der Abstimmung, die ein irrtümlicher Vertrag über die Südwestküste Ostpreußens verhängte, denkt man mit stolzer, aber nicht wehmüßiger Freude an jene Tage zurück, die uns das urdeutsche Gebiet wiedereröffneten. Und zur Feier dieses Tages hatte sich eine Reihe von Männern nach Berlin zum Reichskanzler begeben, nicht um des damaligen Sieges zu gedenken, sondern um das Mutterland zu mahnen, nicht etwa auf den Lorbeer auszuruhen, sondern den Helm fester zu binden. Denn Kämpfer zu sein für den Boden seiner Heimat, es immer zu bleiben, ist deutsche Schicksal.

Deutsches Schicksal besonders im Osten. Die unmöglichen staatlichen Verhältnisse, die vom Versailler Vertrag geschaffen wurden, haben unzählige Reibungsflächen geschaffen, aber das unmöglichste ist der polnische Korridor, der doch nur eine Sackgasse ist, weil den Polen durch Danzig der Zugang zum „Nawischen Meer“, wie ein polnischer Ministerpräsident die Ostsee überaus falsch bezeichnete, praktisch vollständig verstopft wird. Aber rings von der slavischen Flut ist Ostpreußen umspült, — was Wunder, daß sich die hafensuchenden Augen der Polen auf Königsberg richten. Um einen „Rechtsanspruch“ auf Polen ja nie verlegen gewesen... Daß das alte Deutschordensgebiet bis zum zweiten Thorner Frieden nie polnisch war, sondern einfach von Polen erobert wurde, ist gleichgültig; daß man dem Großen Kurort gegenüber auf jede Oberherrlichkeit verzichtete, davon redet man nicht mehr. Daß es überhaupt deutsches Land geworden war und ist bis hinein in das letzte Haus der Städte und jeden Bauernhof, soll nicht gelten. Sondern nur, daß dieses Land zweihundert Jahre der Krone Polens zugehörte. Und ganz systematisch wird im Kreise Allenstein, wo das gemeinsame Religionsbekenntnis mannigfache Anknüpfungspunkte gibt, fröhlich weitergewählt, will man aber auch den evangelischen Mafurten in aller Stille einflößen, sie seien eigentlich — Polen.

Gott sei Dank steht dort in Ostpreußen ein hartes Geschlecht, das in grimmiger Entschlossenheit um sein Dasein als Teil des Deutschen Reiches ringt. Aus dieser Wiege Preußentums sind die Stärke und Energie des kampfstarken Preußentums am härtesten und kräftigsten gewachsen. Aber sie dürfen nicht allein stehen, dürfen nicht das Gefühl haben, eine „Kolonie“ zu sein. Dürfen nicht deswegen ganz vergessen werden, weil der heftigere Kampf des Deutschtums jetzt an der Westgrenze entbrannt ist. Dort ist immer festerer Zusammenhang mit dem Reich Deutschlands, aber mit der wichtigsten Stützfleier dieses Deutschtums ist Ostpreußen. Die Grundsteine, auf denen er ruht, sind gestiftet durch Ströme deutschen Blutes und deutscher Schwere, sind gelegt worden durch Deutsche aus allen deutschen Gauen von Flandern bis nach Österreich, von der Elbe bis an den Welt. Auch an diese, die man mit ohne Abstammung gegen ihren ausdrücklichen Willen von Großdeutschland abriß, erinnere der Kanzler in seiner Erwähnung auf die Ansprache, die der Vorsitzende des ostdeutschen Heimatsdienstes, Dr. Marks (Allenstein), an ihn richtete. Das ist die Wehmut, die beim Gedenken an den Abstimmungsstich die reine, stolze Freude dämpft.

Tage der Einigkeit, der in Deutschland, ach, so seltenen Einigkeit, waren die Abstimmungen im Kreis Allenstein und zwei Jahre später in Oberschlesien. Da dachte jeder nur daran, daß er ein Deutscher war. Einfame Deutschstämme waren diese Tage im wüstenden Meer deutscher Uneinigkeit, die einmal der Deutschnationale neben dem Sozialdemokraten Schulter an Schulter stand. Fast ist das vergessen, und die ernste Mahnung des Reichskanzlers, an der Lehre dieser Tage nicht achtlos vorübergehen, war überaus notwendig. Vielleicht wird ein neuer, gleicher Tag wieder einmal kommen. In einer Rundfunkrede erinnerte der preussische Innenminister Severing an das Wort, das der polnische Staatspräsident bei Eröffnung der Posener Messe am 28. April d. J. sprach, an das bezeichnende Wort: „Wir Polen haben zwar viel errungen, was uns gehört, aber noch nicht alles, noch nicht alle polnischen Gebiete. Noch sind nicht alle Länderstücke, die zu unserer vollen Existenz notwendig sind, mit dem Mutterland vereinigt.“ Das geht auf Danzig, vor allem aber auf Ostpreußen. Auch an eine andere Äußerung des polnischen Staatspräsidenten erinnert Severing, daß nämlich die polnische Finanzaktion dazu dienen müsse, die polnische Armee auf einen besseren Stand zu bringen. Man weiß, gegen wen sich das richtet, ist man doch nicht unsonst Frankreichs Bundesgenosse!

Doch nicht nur zu erwarten haben wir von Ostpreußen: wir haben im Reich auch Pflichten gerade darum, weil sie rings vom Feind umgeben ist. Es ist aus Kurzsichtigkeit und namentlich aus fiskalischer Engstirnigkeit leider oft gegen die wirtschaftlichen Interessen Ostpreußens gesündigt worden, auch parteipolitische Rücksichtslosigkeit hat manche Kränkungen verursacht. Man soll es also nicht bei schönen Worten belassen, nicht das schon berüchtigt gewordene „Treue im Treue!“ wieder einmal herausschmettern, sondern handeln.

Denn mit Ostpreußen retten wir das Deutschtum!

Kein Zurückweichen der Regierung.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Berlin, 14. Juli. Außenminister Stresemann hat zu Parlamentariern geäußert, er würde von seinen Mindestforderungen für die Annahme der Sachverständigen-Gutachten (Nahrung und Aufhebung aller Sanktionen) nur dann abgeben können, wenn der Reichstag ihn ausdrücklich dazu ermächtigt. Von der durch die Entente angeführten schnellen Gesetzgebung der Dawes-Beschlüsse ist man daher noch weit entfernt.

Paris und die Rede des Reichskanzlers.

(Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)
Paris, 14. Juli. In der Rede des Reichskanzlers liegen bisher noch keine Zusicherungen aus den Pariser maßgebenden politischen Kreisen vor. Die Pariser Presse äußert sich im allgemeinen ziemlich abfällig. Der „Temps“ wirft dem Kanzler vor, daß er die politische Situation verkenne, weil er die von Frankreich gemachten Zugeständnisse nicht würdige.

Freie Luft für Deutschland.

(Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)
London, 14. Juli. Im Unterhaus erklärte der Luftschiffahrtsminister, die englische Regierung unternehme Schritte zur Aufhebung der Einschränkungen, die Deutschland auf dem Gebiete des Luftschiffbauens auferlegt sind.

Regierungsoptimismus in Sachen der Militärkontrolle.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Berlin, 14. Juli. Gegenüber dem stellvertretenden Vorsitzenden der deutschen nationalen Reichstagsfraktion an den Reichsausschuss gerichteten offenen Brief in Sachen der Militärkontrolle wird, wie der „Montag“ erfährt, an zuständiger Stelle betont, daß den deutschen Wünschen sowohl bezüglich der zunächst erforderlichen Verhandlungen über die Modalitäten der Kontrolle als auch bezüglich des in Aussicht zu nehmenden Endtermins im wesentlichen entsprochen ist.

Warum geht Mussolini nicht nach London?

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Paris, 14. Juli. Nach einer Havas-Nachricht aus Rom ist die italienische Delegation bereits gestern abend nach London

abgefahren. Mussolini will nach einer Meldung des „Daily Mail“-Korrespondenten aus zwei Gründen nicht nach London fahren. Einmal wegen der immer noch gespannten innerpolitischen Lage und dann weil er die Londoner Konferenz lediglich als den Auftakt zu einer Reihe interallierter Besprechungen ansieht. Die bevorstehende Konferenz konnte nach der Meinung Mussolinis höchstens zu einer Klärung des Reparationsproblems, nicht aber zu einer endgültigen Lösung der Frage führen. Sobald dies in greifbare Nähe gerückt sei, werde Mussolini zur Stelle sein.

Der gefährdete Dawesplan.

(Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)
New York, 14. Juli. Der Korrespondent der „United Express“ in Washington will von einer den amerikanischen Sachverständigen im Dawes-Komitee und den amerikanischen Finanzkreisen nahebestehenden Persönlichkeit erfahren haben, daß die Forderung Frankreichs, ein eventuelles Verfehlen Deutschlands dürfe nur von der Reparationskommission festgestellt werden, den ganzen Plan gefährden würde.

Amnestie für Caillaux und Malvi.

Paris, 14. Juli. Die Kammer, die gestern vormittags, nachmittags und in der Nacht bis nach 3 Uhr tagte, hat die Diskussion über das Amnestiegesetz trotz der scharfen Opposition der Opposition sowohl gefördert, daß die Amnestie für Caillaux und Malvi angenommen wurde.

Fliegerunglück bei Prag.

Prag, 14. Juli. Der Pilot Georg Soucek unternahm in Celatovic bei Prag gestern Vorkampfflüge. Beim vierten Aufstieg stieß er mit der Tragfläche des Apparates in eine Pappel. Der Benzinhälter explodierte und das Flugzeug stürzte in die Elbe. Vier Passagiere, drei Herren und eine Dame wurden vollständig verkohlt aus dem Wasser gezogen, während der Pilot sehr schwer verwundet geborgen wurde.

Schwere Explosion auf einer Zeebe.

Gelsenkirchen, 14. Juli. Auf der Zeebe Bonifazius entstand in einem Abfängungsbock eine schwere Explosion, bei welcher eine Reihe Bergleute zum Opfer gefallen sind. Die Gesamtzahl der Toten beträgt bis jetzt vier.

Die große Anleihe gefährdet?

Die Bankiers an Macdonald.

London, 13. Juli.
Ein angesehenes Londoner Blatt bringt heute eine Meldung, die, wenn sie richtig wäre, zu großen Besorgnissen Anlass geben könnte. Die Meldung besagt, daß die in Betracht kommenden englischen Finanzkreise bereits vor einigen Tagen Macdonald haben wissen lassen, daß die City (die Bankwelt) weder bereit noch in der Lage wäre, ihren Anteil an der 40-Millionen-Pfund-Anleihe für Deutschland nach dem Dawes-Bericht auszubringen, wenn Frankreich streng an dem Standpunkt festhalten würde, der in der englisch-französischen Note vom vorigen Mittwoch niedergelegt wurde.

Weiter sollen die Bankiers erklärt haben, daß die englische Finanzwelt nicht bereit sei, ein Abkommen über die Anwendung des Dawes-Berichts oder eine Regelung zu unterstützen, die versuche, in den besetzten Gebieten Kontrollen und Garantien aufrechtzuerhalten, welche aber die Sicherheiten inhausschieben, die im Dawes-Bericht selbst vorgesehen werden. Der englische Zeichner der Anleihe dürfte eine bestimmte Garantie verlangen, daß in Zukunft Sanktionen eines unwirtschaftlichen Charakters nicht leicht wieder eingeführt werden können, und daß in bezug auf Sanktionen keine Sonderaktion einzelner Mächte erfolgen könne.

Amerika geht nicht in die Repko.

Halbamitliche Kundgebung.

Was man von vornherein annehmen konnte, daß nämlich Amerika nicht in die Reparationskommission eintreten werde, wird jetzt aus Washington halbamitlich bestätigt. Im Staatsdepartement wurde erklärt, „Staatssekretär Hughes wird die Durchführung des Dawes-Berichts moralisch unterstützen, jedoch keine darüber hinausgehenden Schritte unternehmen. Das in den Friedensvertrag mit Deutschland vom Senat eingefügte Amendement hindert Amerika, ohne ausdrückliche Billigung des Kongresses einen offiziellen Vertreter zu bestellen oder offizielle Schritte zu tun, die in Verbindung mit der Reparationskommission stehen. Da der Kongress gegenwärtig nicht tagt und erst

am Anfang Dezember wieder zusammentritt, sind die Hände der Vereinigten Staaten gebunden, soweit Schritte, welche die Reparationskommission betreffen, in Frage kommen.“

Der Streit um Deutschlands Beteiligung.

Paris, 12. Juli.

Herriot hat sein Vertrauensvotum im Senat weg, mit der großen Mehrheit von 239 gegen 17 Stimmen ist es ihm ausgesprochen, und sogar Poincaré und die Seinen haben hastig gestimmt. Er hat es erreicht, indem er als Verteidigungskünstler ein Kompromiß mit sich selbst geschlossen hat. Sehr richtig schreibt ein hiesiges Blatt, der Ministerpräsident hätte die Wahl gehabt, entweder mit der Politik Poincarés glatt zu brechen oder eine Verjüngung seiner eigenen Auffassung mit der seines Vorgängers zu suchen. Er sei den zweiten Weg gegangen, und sein Senatsbesieg beweise, daß er recht daran getan habe. Aber recht hatte er nur, sofern es sich darum handelte, seine Stellung als Ministerpräsident zu behaupten, nicht sofern es darauf ankommt, eine als gut erkannte Politik durchzuführen.

Es liegt auf der Hand, daß ein leitender Staatsmann nicht mit dem Kopf durch die Wand rennen kann, aber Herriot, der gewiß von den besten Absichten erfüllt ist, scheint doch gar zu sehr von der Furcht beherrscht zu sein, sich zu stoßen. So hat er sich auch in der außerordentlich wichtigen, vielleicht entscheidenden Frage der Beteiligung Deutschlands an der Londoner Konferenz mit sich selbst in Widerspruch gesetzt. In seiner Senatsrede hebt Herriot sehr zu treffend hervor: Der Sachverständigenbericht verlangt auch mit klaren Worten die Zusammenarbeit der Alliierten mit Deutschland. In der Praxis aber hat er nicht die Festigkeit, daraus den richtigen Schluss zu ziehen. Da vertritt er vielmehr den — innerlich von ihm selbst gar nicht geteilten — Standpunkt, daß Deutschland nicht zu den Londoner Beratungen zuzuziehen sei, sondern nur gerufen werden solle, um eine Mitteilung darüber zu hören. Mit anderen Worten: es soll nicht mit Deutschland zusammengearbeitet, sondern ihm wieder bittiert werden, was es zu tun hat. Dabei kann für den von Herriot so fehnlich gewünschten Weltfrieden nichts herauskommen und es dürfte schwerlich die Politik sein, um berentwillen das französische Volk bei den letzten Wahlen die Mehrheit Poincarés zum Teufel gejagt hat.